
N I E D E R S C H R I F T

Niederschrift Nr. 4

Jugendhilfeausschuss am 15.10.2007

Kinderheim St. Josef

Beginn 16:00 Uhr

Stimmberechtigte Mitglieder

Kreistagsmitglieder

Ursula Erdelkamp
Ursula Lindstedt
Theodor Rieke
Manuela Veit
Claudia Gebhard
Norbert Kläsgen
Martina Plath
Ursula Sopora
Barbara Streich

sachkundige Bürger

Markus Deiters
Johannes Hermann
Hans Höroldt
Livia Nickel
Rosemarie Böhme

Mitglieder ohne Stimmberechtigung

Christel Hauske
Detlef Maidorn
Uwe Bergmeier
Astrid Partmann
Anke Ulmer
Heiner Redeker

Von der Verwaltung:

Herr Hahn, Dez. IV
Herr Rebbe, L FB 51
Herr Bergmann, FB 51
Herr Friederichs, FB 51
Herr Steiner, FB 51
weitere Angehörige des FB 51
Frau Schmücker, PK
Herr Vertgewall, KT

Gäste- und ZuhörerInnen:

Vertreter der lokalen Presse
Frau Kappen, Jugendamt der Stadt Werne
Diverse Kreistagsabgeordnete
Herr Erdmann, Geschäftsführer der
SPD-Kreistagsfraktion
Herr Freund, Geschäftsstelle der
CDU-Kreistagsfraktion
Herren Schenk und Kißmann, Kinderheim St. Josef

Herr Rieke begrüßt die anwesenden Damen und Herren und eröffnet die Sitzung. Er stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Vor Eintritt in die Tagesordnung richtet Herr Rieke seinen Dank an die Herren Schenk und Kißmann vom Kinderheim St. Josef für die Ausrichtung der heutigen Ausschusssitzung. Änderungen in der Tagesordnung ergeben sich nicht, so dass wie folgt beraten wird:

T a g e s o r d n u n g

Öffentlicher Teil

Punkt 1

Kinderheim St. Josef in Werne;

- Besichtigung der Einrichtung
- Finanzierung von stationärer Hilfe zur Erziehung am Beispiel der Einrichtung,
Berichterstatter: Einrichtungsleiter Uwe Schenk

Punkt 2

Bestellung einer stellv. Schriftführerin für den Jugendhilfeausschuss

Punkt 3

170/07

Konzeption "Frühe Hilfen und Frühwarnsystem"

Punkt 4

Informationen der Verwaltung zur Auflösung der Versorgungsverwaltung NRW und zur Übernahme der Aufgaben nach dem Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz (BEEG) durch den Kreis Unna

- mündlicher Bericht der Verwaltung

Punkt 5

Durchführung eines „Internationalen Jugendcamps“ in der Kinder- und Jugendeinrichtung „Go In“, Bönen, in den Sommerferien 2007

- mündlicher Bericht der Verwaltung

Punkt 6

Kinderbildungsgesetz NRW – aktueller Sachstand

- mündlicher Bericht der Verwaltung

Punkt 7

171/07

Vereinbarung zur Umsetzung des Schutzauftrages
gemäß § 8a und § 72a Sozialgesetzbuch VIII

Punkt 8

166/07

Freizeiten 2008 für Kinder und Jugendliche aus Bönen, Fröndenberg und Holzwickede

Punkt 9

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Nicht öffentlicher Teil

Punkt 10

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Öffentlicher Teil

Punkt 1

Kinderheim St. Josef in Werne;

- Besichtigung der Einrichtung
- Finanzierung von stationärer Hilfe zur Erziehung am Beispiel der Einrichtung,
Berichterstatter: Einrichtungsleiter Uwe Schenk

Erörterung

Nach einer kurzen Begrüßung durch den Einrichtungsleiter des Kinderheimes St. Josef, Herrn Uwe Schenk, begeben sich die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses auf einen Rundgang durch die Einrichtung. Die

Sitzung wird hierfür zwischen 16.20 Uhr und 16.45 Uhr unterbrochen.

Im Anschluss berichtet Herr Schenk anhand einer Präsentation ausführlich über die Strukturen sowie die Finanzierung der Einrichtung und geht näher auf die vorhandenen Problemfelder ein. Die Darstellungen sind dem Protokoll als Anlage 1 beigelegt.

Auf Nachfrage von Frau Sopora, wie viele Kinder aus dem Zuständigkeitsbereich des Fachbereiches Familie und Jugend in der Einrichtung untergebracht seien, teilt der pädagogische Leiter der Einrichtung, Herr Kißmann, mit, dass er die entsprechenden Zahlen momentan nicht parat habe, er aber eine Übersicht erstellen werde aus der die Angaben hervorgehen. Diese Übersicht liegt der Niederschrift als Anlage 2 bei.

Herr Kißmann geht zum Abschluss noch auf die Fragen aus den Reihen des Ausschusses ein.

Punkt 2

Bestellung einer stellv. Schriftführerin für den Jugendhilfeausschuss

Beschluss

Auf Vorschlag des Landrates wird Frau Gabriele Bierwolf-Siegrist als stellvertretende Schriftführerin für den Jugendhilfeausschuss bestellt.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 3

170/07

Konzeption "Frühe Hilfen und Frühwarnsystem"

Erörterung

Herr Hahn weist eingangs darauf hin, dass die Thematik „Frühe Hilfen und Frühwarnsystem“ eine Angelegenheit sei, die nicht erst aufgrund der vergangenen Ereignisse die Jugendämter beschäftige. Ziel der Konzeption sei es, verlässliche Netzwerke und Strukturen zu schaffen, die helfen, Auffälligkeiten schnell feststellen und damit auch entgegenwirken zu können. Hierzu solle es zu einer intensiven Zusammenarbeit zwischen dem Fachbereich Familie und Jugend, den Schulen und Kindertageseinrichtungen, dem Fachbereich Gesundheit und Verbraucherschutz sowie dem Kinderschutzbund und den Beratungsstellen im Kreis Unna kommen. In den drei zum Jugendamtsbezirk gehörigen Kommunen Bönen, Fröndenberg und Holzwickede habe es in diesem Jahr bereits 77 Fälle von Kindeswohlgefährdung gegeben.

Herr Rebbe berichtet anschließend darüber, dass Anfang des Jahres eine Arbeitsgruppe ins Leben gerufen worden sei, der Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen der einzelnen Sachgebiete des Fachbereichs Familie und Jugend, eine Kollegin aus dem Kinder- und Jugendmedizinischen Dienst sowie der Kinderschutzbund angehören. Bei der vorliegenden Konzeption handele es sich um das Ergebnis dieser Arbeitsgruppe. Die

Eckpunkte des Projektes werden im Anschluss von Herrn Steiner, Koordinator der Arbeitsgruppe, noch einmal ausführlich dargestellt. Grundsätzlich müsse man in der Jugendhilfe zwei Säulen betrachten, einerseits die Unterstützung der Eltern durch die Gewährung von Hilfen und andererseits die Sicherung des Kindeswohls. In erster Linie wolle man vorbeugend tätig sein. Wesentlicher Bestandteil stelle hierfür die Beratung von Familien mit Neugeborenen und damit verbunden auch die Erstellung und Verteilung eines Elternbegleitbuches dar. Begleitet werde das Projekt zukünftig durch den Unterausschuss „Jugendhilfeplanung“.

Zum Abschluss der Berichterstattung hebt Herr Hahn noch einmal die Bedeutung der zu bildenden Netzwerke hervor. Ohne Partner sei das Projekt nicht zu stemmen. In dem Zusammenhang wolle er auch noch auf die Netzwerktagung „Kindergesundheit“ am 25.10.2007 hinweisen, die im Ratssaal in Kamen stattfinde und sich u.a. mit den Themen Ernährung, Verhalten und Bewegung bei Kindern und Jugendlichen beschäftige.

Herr Rieke erklärt, dass man die Ausführungen zunächst nur zur Kenntnis nehmen könne. Aufgrund der finanziellen Auswirkungen sei eine Beratung in den Haushaltsgesprächen der Fraktionen notwendig.

Die CDU-Fraktion, so Frau Sopora, bedanke sich für die umfangreiche Vorlage. Innerhalb der Fraktion befasse man sich bereits seit Anfang April mit der Idee des Elternbegleitbuches und habe es deshalb auch diesem Gremium vorgestellt. Der Ausschuss habe sich dann auch in der Sitzung am 19.06.2007 positiv geäußert und das Ganze auf den Weg gebracht. Die dargestellten Zahlen der Kindeswohlgefährdung zeigen, dass ein Tätigwerden dringend erforderlich sei. Besonders problematisch stelle sich die Situation für Kinder bis zu einem Alter von 3 Jahren dar, da in dieser Altersklasse selten Kontroll- bzw. Beobachtungsmöglichkeiten gegeben seien. Insofern wünsche man sich, dass an dieser Konzeption weitergearbeitet und auch frühzeitig, möglichst vor den Haushaltsberatungen, ermittelt werde, welche finanziellen Auswirkungen zu erwarten seien.

Um auch alle Bildungsschichten mit dem Elternbegleitbuch erreichen zu können, sei es aus ihrer Sicht sehr wichtig, so Frau Hauske, wenn es zusätzlich praktische, ortsnahe Anleitungen geben würde. Herr Rieke teilt hierzu mit, dass das Buch sicherlich in sehr verständlicher Form dargestellt werde.

Herr Hermann weist darauf hin, dass es nicht nur für das Jugendamt, sondern auch für die „Netzwerkpartner“, wie z.B. die Kindertageseinrichtungen oder Schulen wichtig zu wissen sei, wo möglicherweise Fälle von Kindeswohlgefährdung gegeben seien. Eine Weitergabe der Informationen durch das Jugendamt sei teilweise aufgrund datenschutzrechtlicher Bestimmungen nicht unproblematisch, so Herr Rebbe, dennoch habe das Wohl der Kinder natürlich Vorrang und sei entsprechend höher als der Datenschutz zu bewerten. Um Situationen besser einschätzen und beurteilen zu können, arbeite man derzeit an Kooperationsvereinbarungen mit den Grundschulen. Zusammenfassend könne also festgehalten, dass das Problem erkannt sei und derzeit aufgearbeitet werde.

Auf die Nachfrage von Herrn Höroldt, inwieweit ein möglicher Migrationshintergrund Berücksichtigung finde, teilt Herr Steiner zur Verdeutlichung mit, dass der Ratgeber grundsätzlich an jede Familie mit einem

Neugeborenen weitergegeben werde. Ein vorhandener Migrationshintergrund bedeute nicht automatisch auch, dass es sich um eine Problemgruppe handele. Die Überlegung, das Elternbegleitbuch mehrsprachig aufzusetzen, erachte er aber als durchaus sinnvoll, so Herr Steiner. Weiter solle die Übergabe durch eine erfahrene Fachkraft erfolgen. Hierdurch könne dann auch eine gezielte Hilfestellung erfolgen.

Hinsichtlich der Öffentlichkeitsarbeit sehe sie es als sehr wichtig an, so Frau Sopora, dass ganz klar darauf hingewiesen werde, dass das Elternbegleitbuch wirklich für alle Eltern gedacht sei und nicht der Eindruck gewonnen werde solle, dass man vorrangig auf die in der Vorlage aufgeführten Problemgruppen (S. 2 der Konzeption) abziele. Herr Hahn ergänzt hierzu, dass sich der Unterausschuss „Jugendhilfeplanung“ inhaltlich mit der Thematik auseinandersetzen werde und anschließend eine gemeinsame, fraktionsübergreifende Öffentlichkeitsarbeit stattfinden solle.

Die Ansicht teile auch die SPD-Fraktion, so Frau Erdelkamp zum Abschluss der Diskussion. Grundsätzlich handele es sich bei der gesamten Konzeption um eine gute Sache, mit der man sich durchaus positionieren könne.

Punkt 4

Informationen der Verwaltung zur Auflösung der Versorgungsverwaltung NRW und zur Übernahme der Aufgaben nach dem Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz (BEEG) durch den Kreis Unna

- mündlicher Bericht der Verwaltung

Erörterung

Herr Hahn weist darauf hin, dass die Aufgaben der Versorgungsverwaltung in NRW zum 01.01.2008 auf die Kreise und kreisfreien Städte übergehen werden und erläutert kurz die damit verbundenen Veränderungen für den Kreis Unna. Die Einzelheiten werden anschließend von Herrn Rebbe anhand einer Präsentation dargestellt (als Anlage 3 dieser Niederschrift beigelegt). Die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses nehmen die Ausführungen zur Kenntnis.

Frau Streich merkt an, dass es sicherlich für die Bürger im Kreis Unna mit Vorteilen verbunden sei, dass die Aufgaben zukünftig vom Kreis übernommen werden. Sie hoffe, dass dann zudem der Service und auch der Umgang mit den Bürgern besser werde, als sie diesen bislang beim Versorgungsamt kennengelernt habe.

Punkt 5

Durchführung eines „Internationalen Jugendcamps“ in der Kinder- und Jugendeinrichtung „Go In“, Bönen, in den Sommerferien 2007

- mündlicher Bericht der Verwaltung

Erörterung

Frau Bendlin und Frau Constabel von der Kinder- und Jugendeinrichtung „Go In“ berichten über ein in den Sommerferien in Bönen stattgefundenes Jugendcamp. In Kooperation mit den „Internationalen

Jugendgemeinschaftsdiensten“ sei im Sommer 2006 die Idee entstanden, eine Gruppe internationaler Studenten nach Bönen einzuladen, um gemeinsam mit Kindern und Jugendlichen im Rahmen des Kinderferienspaßes ein großes Kunstprojekt durchzuführen. Über einen Zeitraum von drei Wochen seien 12 Studenten mit 3 Betreuern aus 9 verschiedenen Ländern vor Ort gewesen. Anders als zunächst geplant, habe das Projekt aufgrund von Bauarbeiten nicht am Zechenturm in Bönen stattfinden können, so dass man kurzerhand auf das Gelände der Jugendeinrichtung ausgewichen sei.

Als Botschaften sei den Studenten und den Jugendlichen wichtig gewesen, die Begriffe Frieden, Freundschaft, Toleranz und Miteinander in den Werken zu verknüpfen. Die Ergebnisse könne man derzeit in Form von erstellten Bannern an der Aussenseite des Förderturms in Bönen zu sehen bekommen.

Im Anschluss werden noch kurz einige Fragen aus den Reihen des Ausschusses beantwortet.

Punkt 6

Kinderbildungsgesetz NRW – aktueller Sachstand

- mündlicher Bericht der Verwaltung

Erörterung

Herr Hahn weist eingangs des Berichtes auf vorliegende Tischinformationen - Formulierungsvorschläge der Landesarbeitsgemeinschaft der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege - zu den bislang im Gesetzesentwurf strittigen Finanzierungsregelungen hin. Das Elternbeitragszielaufkommen von 19 % könne weder im Jugendamtsbezirk noch auf Kreisebene erzielt werden, so die Anmerkung des Dezernenten.

Er gehe davon aus, so Herr Rebbe anschließend, dass man sich noch in diesem Jahr mit einem verabschiedeten Kinderbildungsgesetz auseinandersetzen müsse. Ob und inwieweit den Anregungen der verschiedenen Spitzenverbände zur Änderung der Finanzierung noch Rechnung getragen werde, bleibe abzuwarten. Unabhängig davon habe man sich jedoch schon im Vorfeld Gedanken über den weiteren Umgang gemacht.

Herr Bergmann berichtet anschließend über die Inhalte der im Landtag stattgefundenen Anhörungen und geht näher auf die im Fachbereich gestellten Überlegungen ein. Bei den Einrichtungen und deren Trägern gebe es derzeit erhebliche Unsicherheiten hinsichtlich der weiteren Finanzierung. Änderungsanträge der Regierungskoalition zu den im Entwurf enthaltenen Regelungen gebe es bislang noch nicht. Sobald das Gesetz verabschiedet sei, werde man sich zu einem Gedanken- und Informationsaustausch in eine Trägerkonferenz begeben. Problematisch stelle sich dar, dass die notwendigen Verfahrensvorschriften nach Aussage des Landesjugendamtes wohl nicht vor Mitte November zu erwarten seien und somit vorher noch keine klaren Erkenntnisse vorlägen. Als Folge daraus ergebe sich, dass das im vergangenen Jahr im November durchgeführte Anmeldeverfahren auf den Januar verschoben werden müsse. Geplant habe man zudem, die für den 17.12.2007 datierte Sitzung des Jugendhilfeausschusses auf den 07.01.2008 zu verschieben und anstatt dessen eine Unterausschusssitzung durchzuführen, die sich inhaltlich mit den Elternbeiträgen befassen werde. Über das Ergebnis solle dann in der Jugendhilfeausschusssitzung berichtet und diskutiert werden, bevor die Beschlussfassung am 08.01.2008 im Kreistag erfolge. Im direkten

Anschluss sei dann beabsichtigt, das Anmeldeverfahren durchzuführen, mit dem Ziel, Anfang Februar die damit verbundenen Ergebnisse vorliegen zu haben. Bis zum 15. März 2008 müsse dem Land nach jetzigem Stand die Meldung für das kommende Kindergartenjahr übermittelt werden, so dass man etwa 4 Wochen Zeit habe, um Gespräche mit den Trägern zu führen bzw. um im Rahmen der Jugendhilfeplanung möglicherweise notwendige Gruppenzuordnungen zu treffen. Anhand der vorgenannten Daten könne bereits ersehen werden, dass nur ein sehr enges Zeitfenster vorhanden sei, so Herr Bergmann zum Abschluss.

Der Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 7

171/07

Vereinbarung zur Umsetzung des Schutzauftrages
gemäß § 8a und § 72a Sozialgesetzbuch VIII

Erörterung

Herr Hahn stellt kurz die Vorlage Nr. 171/07 vor und weist darauf hin, dass es diesbezüglich kreisweiten Konsens gebe. Die Nachfragen aus den Reihen des Ausschusses werden anschließend von Herrn Steiner beantwortet.

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Sitzungsvorlage zur Kenntnis.

Punkt 8

166/07

Freizeiten 2008 für Kinder und Jugendliche aus Bönen, Fröndenberg und Holzwickede

Erörterung

Die Sitzungsvorlage Nr. 166/07 wird kurz von Herrn Rieke vorgestellt. Herr Hahn weist darauf hin, dass die Waldfreizeit nur bis zum 28.03. und nicht wie in der Vorlage aufgeführt bis zum 28.04.2008 terminiert sei.

Beschluss

Den von der Verwaltung des Fachbereiches Familie und Jugend für das Jahr 2008 geplanten Freizeiten für Kinder und Jugendliche aus Bönen, Fröndenberg und Holzwickede wird vorbehaltlich der Verabschiedung des Haushalts 2008 zugestimmt.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 9

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

1. Familienatlas 2007

Erörterung

Herr Hahn weist zunächst darauf hin, dass man dem Ausschuss den „Familienatlas 2007“ in seiner offiziellen Form sowie in Kopie einige Auswertungen der einzelnen Handlungsfelder vorgelegt habe.

In der Bürgermeisterkonferenz am 08.10. sei eine sehr tiefe Betroffenheit festzustellen gewesen. Mit der Bewertung als „zurückfallende Region“ sei ein immenser Imageschaden für den gesamten Kreis Unna verbunden, so der einheitliche Tenor der Bürgermeister und des Landrates.

Nicht unerwähnt bleiben dürfe, dass die hier erhobene Statistik sehr engmaschig gewesen sei. Die aufgrund dessen erzielten Zahlenwerte wolle er gar nicht kritisieren, so Herr Hahn. Allerdings sei die damit verbundene Aussage viel zu eng geparkt. Strukturelle Bedingungen habe man ebenso wenig wie zum Beispiel die finanzielle Situation des Kreis Unna berücksichtigt. Auch gebe es sehr viele Angebote, Projekte und Maßnahmen, die im Kreis zu finden seien und überhaupt keine Berücksichtigung in der Bewertung finden. Alleine aus diesen Gründen könne man die Aussagen nicht unkommentiert stehen lassen. Hinzu komme, dass der Kreis sich in vielen Bereichen auch im Mittelfeld habe platzieren können. Wesentliche Faktoren seien darüber hinaus gar nicht vom Kreis oder seinen Kommunen zu beeinflussen, so beispielsweise im Handlungsfeld „Bildung und Ausbildung“, wo wesentliche Rahmenbedingungen vom Land geschaffen werden.

Auch im Handlungsfeld „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ sei es schwierig, anhand der Indikatoren zu einem aussagekräftigen Ergebnis zu kommen. So finde u. a. bei der Ganztagsbetreuungsquote von Kindern im Kindergartenalter (3 - 6 Jahre) nur das Angebot Berücksichtigung, welches auf eine Betreuungsdauer von mehr als 7 Stunden angelegt sei. Im Kreis Unna seien die familiären Strukturen aber teilweise noch so, dass man diese Betreuungszeiten gar nicht in Anspruch nehmen wolle. Bei der Betreuung der unter 3-Jährigen habe es im Zuständigkeitsbereich des Kreisjugendamtes in letzter Zeit wesentliche Verbesserungen gegeben, die in der Auswertung noch nicht berücksichtigt seien.

Insgesamt gebe es in den vier verschiedenen Handlungsfeldern zu viele Bereiche, die keine Berücksichtigung gefunden haben. Zwar wolle man keine ausschließliche Kritik an dem Bericht üben, sondern Aspekte aufgreifen und sie verbessern. Denn klar ist auch, dass in einigen Bereichen durchaus Nachholbedarf bestehe. Aus seiner Sicht, so Herr Hahn, sei es aber im Kreis Unna nicht nur gefühlt, sondern tatsächlich besser als es dargestellt werde. In der Familienkonferenz am 05.12.2007 werde man die Thematik erneut aufgreifen. An der Veranstaltung werde auch ein Vertreter des Instituts Prognos teilnehmen. Darüber hinaus sei Frau Ministerin von der Leyen von Landrat Makiolla für Anfang 2008 in den Kreis Unna eingeladen worden, um sich selber ein Bild machen zu können.

Die Veröffentlichung der Ergebnisse sei für jeden, der sich mit Familie und Kindern im Kreis Unna befasse, zunächst ein Schlag ins Kontor gewesen, so Herr Rieke im Anschluss. Natürlich müsse man das Ergebnis an vielen Stellen relativieren, dennoch sei es notwendig, den Bericht in jedem einzelnen Punkt aufzuarbeiten, um als Ziel eine Verbesserung herbeizuführen. Schädlich seien Aussagen in Presse und Radio gewesen, wonach man als Familie den Kreis Unna aufgrund seiner Position im Familienatlas verlassen müsse. Dieses

könne so nicht stehengelassen werden und daran müsse man arbeiten. Der Kreis müsse sich positiv darstellen und seine durchaus vorhandenen Stärken präsentieren.

Herr Hahn geht im Anschluss kurz auf Nachfragen von Frau Streich und Frau Gebhard ein.

Frau Hauske teilt mit, dass sie sich wünsche, dass man zukünftig mehr auf die Erwerbsquote von Frauen und die Kinderbetreuung eingehen werde. Hier stimme sie nicht mit dem überein, was soeben dargestellt worden sei. Auch im Kreis Unna gebe es in dem Bereich durchaus Bedarf und daher müsse man sich auch damit befassen. Hierzu weist Herr Rieke darauf hin, dass die angesprochene Thematik im Rahmen der Familienkonferenz angesprochen werde und man nicht in voller Breite im Jugendhilfeausschuss darauf eingehen könne.

2. Projekte des Fachbereiches Familie und Jugend

„Mütter in Not“ / Heimerziehung in den 50er und 60er Jahren – „Im Heim machen sie Dich ein“

Erörterung

Herr Rebbe weist auf zwei Projekte aus dem Fachbereich Familie und Jugend hin und verteilt hierzu Informationsflyer.

Die gemeinsame Adoptionsvermittlungsstelle von Kreis Unna, Stadt Schwerte und Stadt Unna ermögliche nun im Rahmen der Weiterentwicklung der inhaltlichen Aufgaben unter der Bezeichnung „Mütter in Not“ auch eine anonyme Beratung von (jungen) Müttern, die Fragen zur Schwangerschaft aber eben auch zum Thema „Adoption“ haben. Ziel sei es, die Frauen zu unterstützen und zu stärken. Die Flyer habe man an den zielgruppenorientierten Stellen (z.B. Kinder- und Frauenärzte) ausgelegt.

Bereits in dieser Woche, nämlich am 18.10., finde zudem eine Projektveranstaltung zur Heimerziehung in den 50er und 60er Jahren statt. Unter dem Titel „Im Heim machen sie Dich ein“ werde man sich mit der nicht immer positiven Vergangenheit der Heimerziehung befassen und auch auf die Entwicklung der Jugendhilfe eingehen.

3. „Politik begreiflich machen – Demokratie erleben“ - Tagesprojekt am 24.06.2008

Erörterung

Herr Hahn weist bereits jetzt auf ein am 24.06.2008 stattfindendes Eintagesprojekt zum Thema „Politik begreiflich machen – Demokratie erleben“ hin. Etwa 400 Kinder und Jugendliche aus Fröndenberg werden sich unter Begleitung von Mitarbeitern des Fachbereiches Familie und Jugend sowie des Treffpunkts Windmühle nach Berlin begeben und dort von den für Fröndenberg zuständigen Bundestagsabgeordneten über politische Abläufe informiert werden.

Weitere Mitteilungen oder Anfragen im öffentlichen Teil ergeben sich nicht.

Nicht öffentlicher Teil

Punkt 10

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen